



**Geschäftsführung
Runder Tisch für Flüchtlingsfragen**

Frau Arikan

Telefon: (0221) 29725

Fax: (0221)

E-Mail: Neslihan.Arikan@STADT-KOELN.DE

Datum: 12.11.2020

Niederschrift

über die Sitzung **Runder Tisch für Flüchtlingsfragen** in der Wahlperiode 2020/2025 am Freitag, dem 25.09.2020, 11:00 Uhr bis 14:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

Anwesend waren:

Herr Krücker

Caritasverband

Frau Haseleu

Evangelische Kirchengemeinde Köln Nippes

Herr Erkelenz

CDU

Frau Schmerbach

SPD

Frau Heuser

GRÜNE

Herr Detjen

DIE LINKE

Frau Hoyer

FDP

Herr Abeke

Integrationsrat

Herr Adrian

Willkommensinitiativen / AK Politik

Frau Arndt

Willkommensinitiativen / AK Politik

Frau Bosbach

Deutsches Rotes Kreuz

Frau Kühn

Synagogen-Gemeinde Köln

Frau Kuntze

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Herr Naumann

DPWV Köln

Herr Pröls

Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Frau Tas

AK Muslimische Flüchtlingsarbeit in Köln

Herr Uellenberg-van Dawen

Runder Tisch für Integration

Herr Oster

Amt für Integration und Vielfalt

Frau Kremer-Buttkereit

Amt für Integration und Vielfalt / KI

Herr Klussmann	Amt für Integration und Vielfalt / KI
Herr Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Herr Taschenmacher	Amt für Soziales und Senioren
Herr Völlmecke Frau Burghardt	Amt für Kinder, Jugend und Familie Ausländeramt
Frau Arikan	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Thomas Mattern	Polizeipräsidium Köln
----------------	-----------------------

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Tagesordnung und Verabschiedung des Protokolls
Protokoll der 76. Sitzung vom 08.05.2020**
- 2 Situation der Geflüchteten in den städtischen Einrichtungen während der
Corona-Pandemie
Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig**
- 3 28. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig
1310/2020**

29. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig
2111/2020
- 4 Gemeinsam klappt's / Projektstart „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“
Kommunales Integrationszentrum, Frau Kremer-Buttkereit**
- 5 Sachstand KIM (Kommunales Integrationsmanagement)
Kommunales Integrationszentrum, Frau Kremer-Buttkereit / Jens Kluss-
mann**

- 6 Ergebnis Integrationsratswahl
Amt für Integration und Vielfalt, Herr Oster**
- 7 „Sichere Häfen“ – Sachstand zu den humanitären Maßnahmen der Kommunen
Amt für Integration und Vielfalt, Herr Oster**
- 8 Wesentliche Mitteilungen der Verwaltung an die Fachausschüsse**
- 8.1 Konzept für Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete der Stadt Köln (Gewaltschutzkonzept)
2856/2020
- 8.2 Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln
2857/2020
- 8.3 Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation der Geflüchteten
2858/2020
- 8.4 Tätigkeitsbericht Projekt Integrationslotsinnen und Integrationslotsen 2019
1859/2020
- 8.5 Sprach- und Integrationsmittler*innenpool für die Stadt Köln - Jahresbericht 2019
1537/2020
- 8.6 Beschluss des Integrationsrates "Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation der Geflüchteten"
1921/2020
- 8.7 Strukturierter Zugang für neuzugewanderte, berufsschulpflichtige Jugendliche ins Bildungssystem
1522/2020
- 8.8 Unterbringung Geflüchtete: Basisversorgung Internetanbindung
1493/2020
- 9 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 **Tagesordnung und Verabschiedung des Protokolls Protokoll der 76. Sitzung vom 08.05.2020**

Die Niederschrift der 76. Sitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen wird genehmigt.

2 **Situation der Geflüchteten in den städtischen Einrichtungen während der Corona-Pandemie Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig**

Herr Ludwig berichtet über die aktuelle Situation in den städtischen Einrichtungen während der Corona-Pandemie. Die Bewohner werden weiterhin über präventive Maßnahmen in mehreren Sprachen informiert. Es habe eine Reduktion der Vorortberatung gegeben. Die Erreichbarkeit von Mitarbeiter*innen und Trägern sei jedoch telefonisch sowie elektronisch sichergestellt. Nach Rückgang der Fallzahlen sei der Normalbetrieb unter Beachtung der Abstandsregeln fortgeführt worden. Das allgemeine Besuchsverbot vom 20.03.2020 wurde am 20.06.2020 gänzlich aufgehoben. Aktuell gebe es 29 positive Corona-Fälle, die sich über 10 Unterkünfte verteilen.

Die Unterkunft Erbacher Weg in Lindweiler werde weiterhin als Quarantäne-standort genutzt.

Es gebe über den Erbacher Weg hinaus weitere Standorte, die man als Quarantäne-standort im Notfall nutzen könnte. Die Geißbergstraße in Klettenberg sowie leerstehende Sozialhäuser würden ebenso als Reserve vorgehalten.

Auf Nachfrage von Herrn Uellenberg Van Dawen zu den Krankheitsverläufen informiert Herr Ludwig, dass 29 infizierte Personen stationär behandelt wurden. Alle anderen Fälle seien in der Quarantäne betreut worden.

Auf Nachfrage von Frau Arndt informiert Herr Ludwig, dass am Erbacher Weg eine Internetverbindung vorgesehen sei. Aufgrund erschwelter Glasfaserausrichtung könne allerdings eine 100-prozentige Internetauslastung nicht garantiert werden.

Herr Krücker regt an, die Mitteilungen 1921/2020 und 2858/2020 unter dem laufenden TOP zu behandeln und gibt das Wort an Herr Ludwig.

Herr Ludwig informiert über den Beschluss des Integrationsrates, in der die Verwaltung gebeten wird, gemeinsam mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen zu prüfen, ob die Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten in Köln, die 2004 vom Rat beschlossen wurden, weiterhin Bestand haben.

Herr Ludwig regt an, unter der Federführung von 56-Wohnungsamt eine Arbeitsgruppe mit 10 Vertretern aus dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen einzurichten.

Herr Ludwig wird zeitnah zur Teilnahme an der Arbeitsgruppe einladen.

**3 28. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig
1310/2020**

**29. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig
2111/2020**

Herr Ludwig informiert, dass zum Stichtag 15. September 2020 insgesamt 6541 Menschen in städtischen Unterkünften, davon 571 Menschen in Beherbergungsbetrieben, untergebracht seien. Dies stelle einen weiteren Rückgang der Unterbringungszahlen dar. Der Systembau in der Sinnersdorferstr. in Roggendorf/Thenhoven werde bald mit 240 Plätzen fertiggestellt. Auch hier sei vorgesehen, nur 50% der Plätze zu belegen. Zudem gebe es ein weiteres Bauvorhaben am Lindweilerweg in Longerich. Dort werde ein zusätzlicher Baukörper errichtet. Geplant sei die Fertigstellung zum ersten Quartal des nächsten Jahres. Eine Reservierung von 1500 Plätzen werde weiterhin aufrechterhalten. In einigen Standorten gebe es eine verbesserte Internetversorgung.

Herr Uellenberg Van Dawen möchte wissen, wie viele Plätze im Falle einer eventuellen Aufnahme von Geflüchteten von den griechischen Inseln zur Verfügung stehen würden.

Herr Ludwig verweist auf den bestehenden Ratsbeschluss, wonach sich die Stadt bereit erklärt habe, 100 Erwachsene und 16 unbegleitete Minderjährige aufzunehmen. Diesen Ratsbeschluss würde man bezogen auf eine Unterbringung relativ problemlos erfüllen können. Eine Erhöhung der Anzahl auf 200 Menschen, wie der Caritasverband gefordert hatte, wäre ebenso leistbar.

Die Bundesregierung habe sich zur Aufnahme von 1553 Geflüchteten aus Moria bereiterklärt. Bei einer Verteilung nach dem „Königsteiner Schlüssel“ würde es sich für Köln um 15 bis 20 Personen handeln.

Die Stadt sei für beide Situationen, Ratsbeschluss oder auch beim genannten Verteilungsverfahren, gut aufgestellt.

Herr Oster merkt an, dass die Stadt Köln sich mit dem Ratsbeschluss „100 + 16“ in eine ganze Reihe von Aktivitäten des Bündnisses „Sichere Häfen“ eingefügt habe und viele weitere Städte ähnliche Beschlüsse gefasst hätten. Allein von den NRW-Städten seien 450 Plätze für unbegleitete Minderjährige und mehrere tausend Plätze ohne Anrechnung auf eine Aufnahmequote der Bundesregierung gemeldet worden.

Frau Hoyer möchte wissen, ob es eine zeitliche Perspektive für eine eventuelle Auflösung der Unterkunft im Hardthgenbuscher Kirchweg gebe, da die Ansiedlung neben der Schule nicht sehr geeignet sei.

Herr Ludwig informiert, dass im Falle einer konkreteren Planung zur Schulentwicklung oder zum Bau einer Kindertagesstätte die Unterkunft geräumt und damit kein Hindernis sein werde.

Weiterhin möchte Frau Hoyer in Erfahrung bringen, wie viele Geflüchtete in Unterkünften im Außenbereich oder in Gewerbegebieten untergebracht sind.

Herr Ludwig kündigt an, die konkrete Anzahl dem Protokoll mitzugeben.

Nachtrag von 56-Wohnungsamt zum Protokoll:

Zum 31.10.2020 sind es 1.276 Menschen an 14 Standorten:

- *Aachener Straße*
- *Albert-Schweitzer-Straße*
- *Aloys-Boecker-Straße*
- *Boltensternstraße*
- *Herkulesstraße (Container)*
- *Josef-Broicher-Straße*
- *Kalscheurer Weg*
- *Koblenzer Straße*
- *Merianstraße*
- *Merlinweg*
- *Rather Kirchweg*
- *Schlagbaumsweg*
- *Urbacher Weg*
- *Weißdornweg*

Außerdem trifft § 246 BauGB auf diese Standorte zu:

- *Erbacher Weg (Quarantäne)*
- *Kronstädter Straße (Reserve bis Ende Mietvertrag Amtra)*
- *Lindweilerweg (Neubau)*
- *Sinnersdorfer Straße (Quarantäne)*

Erledigt haben sich:

- *Westerwaldstraße (im Oktober 2019 aufgegeben)*
- *Wilhelm-Schreiber-Straße (nicht fertiggestellt)*

Herr Abeke hat eine Nachfrage zur angesprochenen Zehn-Euro-Flatrate für Schüler*innen und möchte wissen, ob das begrenzte Datenvolumen den Bedarf von Schüler*innen decken würde, zumal auch viele Eltern bezüglich der Integrationskurse Distanzunterricht in Anspruch nehmen würden und ebenfalls auf eine gute Internetversorgung angewiesen seien.

Herr Ludwig informiert, dass derzeit versucht werde, möglichst viele technische Lösungen an den Standorten anzubieten. Der wirtschaftliche Einsatz müsse allerdings mitbedacht werden. Die von der Bundesregierung zugesprochene Zehn-Euro-Flatrate für Schüler*innen wäre lediglich eine sinnvolle Ergänzung zu den städtischen Optimierungsprozessen.

Auf Nachfrage von Frau Heuser informiert Herr Ludwig, dass der Rückgang der Anzahl der Bewohner*innen in den Unterkünften nicht zu 100% auf Umzüge in

eigene Wohnungen zurückzuführen sei. Die Ausreise ins Heimatland und Abschiebungen seien ebenso Ursachen für den Rückgang.

Frau Burghard merkt an, dass in 2019/2020 977 Rückkehrberatungen stattgefunden hätten, und eine sehr hohe Anzahl der Beratenen daraufhin ausgereist sei. Zudem seien einige Personen durch die Ausländerbehörde ins Heimatland rückgeführt worden. Aufgrund des neuen Verteilsystems für unerlaubt Eingereiste gebe es eine Weiterleitung in die Landesunterkünfte, was wiederum die Anzahl der untergebrachten Geflüchteten in den städtischen Unterkünften reduziere.

4 Gemeinsam klappt's / Projektstart „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ Kommunales Integrationszentrum, Frau Kremer-Buttkereit

Frau Kremer-Buttkereit informiert zum Förderprogramm „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ über den aktuellen Stand der Bausteine Coaching, berufs begleitende Qualifizierung, Nachholen des Hauptschulabschlusses, berufsbegleitende Kurse, Jugendintegrationskurse, sowie dem Teilhabemanagement.

Zielgruppe seien die 18-27-Jährigen Menschen mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung. Das Teilhabemanagement habe zum Anfang dieses Jahres seine Arbeit aufgenommen. Zum 01.09.20 seien die Bausteine Coaching, Nachholen des Hauptschulabschlusses, schulungs- und berufsbegleitende Kurse sowie Integrationskurse gestartet. Aufgrund coronabedingter Verzögerungen habe das Land das Programm um ein halbes Jahr bis zum 21.12.2022 verlängert. Alle Maßnahmen und Angebote würden laufend evaluiert und angepasst werden.

Auf Nachfrage von Herrn Uellenberg Van Dawen bezüglich des Erlasses des MKFFI NRW zur Ausbildungsduldung wird vom Ausländeramt folgende Antwort zur Niederschrift nachgereicht:

Der letzte Erlass des MKFFI NRW zur Ausbildungsduldung stammt vom 17.05.2018 (§ 60a Abs. 2 S. 4). Zu § 60c hat das BMI am 20.12.19 Anwendungshinweise herausgegeben, welche jene zu § 60a Abs. 2 S. 4 v. 30.05.2017 ersetzen. Eine neue Erlasslage seitens des MKFFI NRW gibt es noch nicht. Bei der Ausländerbehörde Köln wird nachfolgend verfahren:

Personen, die während des laufenden Asylverfahrens eine Berufsausbildung begonnen haben, kann nach negativem Ausgang des Asylverfahrens nahtlos eine Ausbildungsduldung erteilt werden, sofern die erforderliche Beteiligung nach § 73 II AufenthG ohne hinderliche Erkenntnisse abgeschlossen werden konnte und keine Versagungs- bzw. Erlöschensgründe vorliegen. Ist der nahtlose Wechsel von der Aufenthaltsgestattung in eine Ausbildungsduldung noch nicht möglich, wird übergangsweise eine Ermessensduldung gem. § 60 a II S. 3 AufenthG erteilt, sofern keine konkreten Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung bevorstehen.

**5 Sachstand KIM (Kommunales Integrationsmanagement)
Kommunales Integrationszentrum, Frau Kremer-Buttkereit / Jens Klussmann**

Frau Kremer-Buttkereit berichtet, dass das Landesförderprogramm KIM aus den drei Bausteinen

1. strategische Steuerung,
2. rechtskreisübergreifendes, individuelles Casemanagement
3. fachbezogene Pauschale einer Personalstelle bei den Ausländerbehörden

bestehe.

Für den Baustein 2 gebe es bereits die Aussage, dass maximal 11 Stellen im Casemanagement mit einer Festbetragsfinanzierung von Landesseite ausgestattet werden.

Die Richtlinie für den Baustein 1 sei derzeit vom Land noch nicht mitgeteilt worden. Die konzeptionellen Vorbereitungen für die Gesamtkonstruktion und die Abstimmungen mit den Trägern würden aktuell erfolgen.

Auf Nachfrage von Frau Heuser informiert Frau Kremer-Buttkereit, dass das Programm auf Erkenntnissen von „Einwanderung gestalten NRW“ basiere.

**6 Ergebnis Integrationsratswahl
Amt für Integration und Vielfalt, Herr Oster**

Herr Oster informiert, dass bei den Integrationsratswahlen rund 308.000 Kölner*innen wahlberechtigt waren. Die Beteiligung habe bei 15,08 % gelegen, was eine Zunahme von 12.000 Wähler*innen im Vergleich zu den vergangenen Wahlen bedeute. Es habe intensive Bemühungen seitens des Integrationsrates, der Verwaltung und der Kandidat*innen gegeben, die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

**7 „Sichere Häfen“ – Sachstand zu den humanitären Maßnahmen der Kommunen
Amt für Integration und Vielfalt, Herr Oster**

Herr Oster informiert, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker mit neun weiteren Kolleg*innen anderer Städte in einem Brief an Frau Merkel und an den Bundesinnenminister erneut ihre Aufnahmebereitschaft erklärt und aufgrund der Situation in den griechischen Lagern die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert haben. Eine Antwort sei bislang ausgeblieben.

Das im Frühjahr avisierte zweite Arbeitstreffen des Bündnisses „Sichere Häfen“ habe coronabedingt nicht durchgeführt werden können, solle aber im Oktober digital nachgeholt werden. Die Situation in Griechenland, aber auch die Positionierung der Städte und des Bündnisses zu der europäischen Asylpolitik stünden auf der Tagesordnung.

Darüber hinaus werde sich Potsdam an einer Expoausstellung mit prominenten Besuchern beteiligen, um den Handlungsbedarf in dieser Sache nochmal deutlich zu machen.

Frau Arndt regt an, im Rahmen einer Aktion mit weiteren Interessenvertretern Menschen für 1-2 Jahre aufzunehmen, um deren Integration zu begleiten, ohne den Staat aus der Verantwortung zu nehmen.

Frau Kunze berichtet ebenfalls von einer Initiative, die in einem Brief an Frau Merkel und Herrn Laschet deutlich gemacht habe, dass in Köln viele humanitäre Gruppen ihre Bereitschaft zur Unterstützung erklärt hätten.

Frau Heuser betont, dass die Bereitschaft, Menschen aufzunehmen, alleine nicht ausreiche. Die Gesetzgebung müsse so geändert werden, dass die Menschen hier eine Perspektive haben.

Herr Krücker ergänzt, dass die Situation aus seiner Sicht eine sehr deutliche Anfrage an das politische System, die politische Meinungsbildung und auch die Durchsetzung von politischen Meinungen in demokratisch legitimierten Systemen sei. Hier sehe er eine echte Herausforderung an die Politik, diesen Mechanismus genauer zu betrachten und korrigierende Maßnahmen zu entwickeln.

Herr Abeke möchte wissen, ob der Ratsbeschluss von Februar 2020, 100 zusätzliche Plätze für Geflüchtete aus griechischen Aufnahmelagern bereitzustellen, umgesetzt wurde.

Herr Oster informiert, dass der Rat sich mit dem gleichen Beschluss im Februar 2020 zugleich bereit erklärt habe, die Geflüchteten ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote unterzubringen. Die Aktion habe damals dazu gedient, dem Bundesinnenminister und der Kanzlerin eine konkrete Zahl zu benennen und nochmal Aufnahmebereitschaft zu signalisieren.

Herr Pröll kritisiert die Europäische Kommission, die sich dafür einsetzt, dass den Geflüchteten im Vorprüfungsverfahren, die in exterritorialen Haftzentren an den europäischen Außengrenzen durchgeführt werden, keinerlei Rechtsschutzmöglichkeiten ermöglicht werden sollen. Es sei erklärter Wille des Bundesinnenministeriums, den Prozess mit dieser Zielsetzung fortzusetzen.

Herr Pröll äußert den Wunsch, als Kommune stärker als bisher die europäische Ebene im Blick zu haben und gegen Demokratiefeinde und den Prozess der Auflösung von Recht und Gesetz auch in Europa vorzugehen.

8 Wesentliche Mitteilungen der Verwaltung an die Fachausschüsse

8.1 Konzept für Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete der Stadt Köln (Gewaltschutzkonzept) 2856/2020

Herr Ludwig informiert, dass eine Sozialarbeiterstelle vorgesehen sei und eine Personalentscheidung derzeit getroffen werde.

Herr Abeke weist auf die von Zartbitter e.V. herausgegebene Broschüre „Flüchtlingskinder haben Rechte!“ hin und bittet den Begriff „Flüchtlingskinder“ nicht zu verwenden.

Herr Völlmecke nimmt die Anmerkung mit und kündigt an, dies bei der Neuauflage zu berücksichtigen.

**8.2 Bleibereichtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln
2857/2020**

Herr Prölß merkt an, dass es hierbei um eine Verbesserung des Konzeptes unter Berücksichtigung eines Schreibens des Runden Tisches für Integration gehe. Mittlerweile gebe es Termine zwischen dem Ausländeramt und den Trägern.

Der Flüchtlingsrat würde es begrüßen, wenn hier die Verwaltung breiter aufgestellt wäre. Herr Prölß regt an, dass sich das Amt für Integration und Vielfalt an den Gesprächen beteiligt.

Frau Burghardt informiert, dass das Ausländeramt großes Interesse daran habe, das Projekt agil und lernend aufzubauen. Mit dem Ratsbeschluss sei aufgegeben worden, zu schauen, inwieweit auch Menschen mit einem geringeren Duldungszeitraum ebenso in das Projekt mit einbezogen werden können. Im Oktober gebe es die erste Terminierung, in der die Überlegungen der Akteure in ein Konzept fließen.

Herr Oster kündigt an, den Hinweis von Herrn Prölß aufgreifen zu wollen, um verwaltungsintern abzuklären, wie die Verwaltung möglicherweise breiter aufgestellt werden könne.

**8.3 Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation der Geflüchteten
2858/2020**

Wurde unter TOP 2 behandelt

**8.4 Tätigkeitsbericht Projekt Integrationslotsinnen und Integrationslotsen 2019
1859/2020**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen

**8.5 Sprach- und Integrationsmittler*innenpool für die Stadt Köln - Jahresbericht 2019
1537/2020**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen

**8.6 Beschluss des Integrationsrates "Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation der Geflüchteten"
1921/2020**

Wurde unter Top 2 behandelt

**8.7 Strukturierter Zugang für neuzugewanderte, berufsschulpflichtige Jugendliche ins Bildungssystem
1522/2020**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen

**8.8 Unterbringung Geflüchtete: Basisversorgung Internetanbindung
1493/2020**

Frau Arndt merkt an, dass in der Unterkunft Schlagbaumsweg die Internetverbindung nicht ausreichend sei.

Herr Ludwig informiert, dass für den Schlagbaumsweg mittlerweile ein Auftrag zur Erweiterung der Bandbreite erteilt worden sei.

9 Verschiedenes

Frau Kremer-Buttkereit berichtet, dass die Stadt Köln im Rahmen des Programms „Kinderstark NRW“ ein großes Paket gegen Kinderarmut zusammengestellt habe. Darüber hinaus sei für geflüchtete Kinder in Unterkünften das Projekt „Bildungslots*innen“ im Rahmen des Projekts „Kinderstark“ aufgelegt worden. Hierbei solle in Zeiten des Distanzlernens die strukturelle Ungleichheit durch den Einsatz von 1-2 Bildungslots*innen pro Stadtbezirk minimiert werden. Angedockt an Träger mit entsprechender Expertise, soll der Zugang zum Distanzlernen, aber auch die Medienkompetenzen verbessert werden

Herr Andrian möchte wissen, ob 1-2 Bildungslots*innen pro Stadtbezirk ausreichend sind und ob eine Aufstockung absehbar ist.

Zudem stellt Herr Adrian die Frage, ob es für Ehrenamtler*innen, die konkrete Bedarfe sehen, die Möglichkeit gibt sich direkt an die Bildungslots*innen zu wenden.

Frau Kremer-Buttkereit informiert, dass es immer eine Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme gebe, falls die Akteure sich kennen. Ansonsten könne der Kontakt über die Träger oder den Interkulturellen Dienst hergestellt werden.

Das Projekt Bildungslotsen sei erstmals für 2020 aufgelegt. Die Ausgestaltung docke an vorhandene Strukturen und sei flexibel sowie bedarfsgerecht.

Frau Haseleu bekräftigt, dass es auf die Vernetzung in den Bezirken ankomme. Es wäre gut, wenn die Initiativen in die Netzwerke mit einwirken würden.